

Beschluss des Landrats vom 08.02.2024

Nr. 423

12. Cybersecurity: Sicherstellen, dass der Kanton genügend Personal und Mittel zum Schutz digitaler Daten zur Verfügung stellt

2023/574; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, die Traktanden 11 und 12 würden verbunden beraten. Der Regierungsrat nimmt die beiden Postulate entgegen und beantragt ihre Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Andreas Bammatter (SP) dankt dem Regierungsrat für die sorgfältige Behandlung. Die Psychiatrie Baselland musste sich mit Cybercrime beschäftigen, weshalb er das Postulat eingereicht hat. Der Vorstoss enthält vier Fragen, wovon drei mit Ja beantwortet wurden. Das ist gut und zeigt, dass sich der Regierungsrat und die Verwaltung der Thematik Cybercrime und Cyberattacken bewusst sind, eine diesbezügliche Sensibilisierung besteht und auch Massnahmen getroffen werden. Die vierte Frage, in der es um die Bewirtschaftung der Schnittstelle Kanton und Gemeinden geht, ist aber eigentlich die wichtigste. Der Regierungsrat schreibt, dass auf der vertikalen Ebene – zwischen Kanton und Gemeinde – eine gewisse Absicherung vorhanden sei, die Gemeinden ansonsten aber selber schauen müssten. Dies ist einerseits zwar verständlich, andererseits müsste aber die übergeordnete Stelle eigentlich die Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass entsprechende Massnahmen eingeleitet werden. Der Kanton Basel-Landschaft ist aktuell gemeinsam mit den Gemeinden in einer Digitalisierungsstrategie unterwegs – Digitalisierung, Vernetzung, Zugang zu Daten etc. In diesem Zusammenhang müsste der Kanton diese Daten schützen, damit bei einem Angriff nicht direkt alle miteinander vernetzten Daten einsehbar sind. Andreas Bammatter regt an, dass der VBLG oder wer auch immer seitens Gemeinden Teil der Digitalisierungsstrategie ist und der Kanton diesbezüglich Kontakt aufnimmt. Da zur Frage vier bislang nur ein Nein vorliegt, bittet der Postulant um Überweisung ohne Abschreibung.

Hannes Hänggi (Die Mitte) dankt dem Regierungsrat für die klare Stellungnahme, in der aufgezeigt werde, was der Kanton heute bereits unternehme, um die eigene IT-Infrastruktur vor Angriffen zu schützen. Spätestens mit dem Cyberangriff auf die Psychiatrie Baselland wurde wohl allen die Verletzlichkeit der Netzwerke und der digitalen Daten vor Augen geführt – dies nicht zuletzt im Hinblick auf die zunehmend digitalisierte Welt und das Projekt BL digital+. Der Regierungsrat schreibt in seiner Begründung dann auch, dass Cybersicherheit kein Endzustand ist, sondern ein fortlaufender Prozess. Es fällt sogar das Wort «Rüstungswettlauf». Tatsächlich werden täglich weltweit 300'000 neue Schadstoffsoftware in den Umlauf gebracht. Das heisst: Im Sekundentakt werden Rechner, die am Netz angeschlossen sind, von aussen angegriffen und auf Schwachstellen überprüft. Sogar die grossen Softwarehersteller bieten mittlerweile so komplexe Produkte an, dass sie selber gar nicht mehr alles überprüfen können, um sämtliche Lücken zu entdecken. Es ist tatsächlich ein Wettrüsten und ein Katz-und-Maus-Spiel, wofür man bereit sein muss. Hannes Hänggi ist beruhigt, dass sich der Kanton dieses Problems bewusst ist und schon deutlich mehr in Bezug auf die Cybersecurity unternommen hat als andere Kantone. Hier setzt Basel-Landschaft also Standards – vielen Dank. Die erwähnten Punkte und Projekte zum Schutz der IT werden sehr begrüsst und für die umsichtige und vorausschauende Planung sei gedankt. Weiter wird begrüsst, dass der Regierungsrat beabsichtigt, Cybersecurity und die genannten Aufgaben und Projekte im Aufgaben- und Finanzplan zu berücksichtigen. Die GPK hat eine Arbeitsgruppe zum Thema Cybersecurity gegründet. Die Aktivitäten und Tätigkeiten des Kantons in diesem Bereich werden somit eng begleitet und es wird regelmässig überprüft, ob im Kanton genügend Ressourcen für die

Cybersecurity zur Verfügung stehen. Auch die Frage aus dem Postulat von Andreas Bammatter bezüglich Schnittstellen zwischen Kanton und Gemeinden sollte noch weiter angeschaut werden. Hannes Hänggi bittet um Überweisung und stehenlassen, bis die Anliegen im Aufgaben- und Finanzplan umgesetzt sind.

Tobias Beck (EVP) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion finde es gut, dass dem Regierungsrat klar sei, dass es sich bei Cybersecurity um keinen Endzustand, sondern um einen fortlaufenden Prozess respektive ein Wettrüsten handle. Zudem wird begrüsst, dass der Regierungsrat Massnahmen getroffen hat und das Thema weiterhin berücksichtigen möchte. Die Grüne/EVP-Fraktion folgt deshalb dem Antrag des Regierungsrats auf Überweisung und Abschreibung.

Andreas Bammatter (SP) spricht zum Vorstoss von Hannes Hänggi. Die SP-Fraktion sei der Meinung, dass viel gemacht werde. Aber wenn der Regierungsrat schon sagt, er möchte das Thema Cybersecurity im nächsten Aufgaben- und Finanzplan berücksichtigen, dann möchte die SP-Fraktion dies zuerst sehen. Andreas Bammatter bittet um Überweisung und Stehenlassen.

Matthias Liechti (SVP) sagt, die SVP-Fraktion folge dem Antrag des Regierungsrats. Das Thema ist wichtig, was der Regierungsrat erkannt hat und die nötigen Massnahmen vornimmt. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden muss angeschaut werden. Dies sollte aber primär von Seiten Gemeinden kommen, weil sie teilweise dezentrale Möglichkeiten haben, welche jene des Kantons ergänzen oder sogar erweitern.

Marc Schinzel (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion folge bei beiden Vorstössen dem Regierungsrat. Cybersecurity ist ein grosses Thema, das auch beschäftigen sollte. Es wird viel gemacht und es braucht auch Ressourcen im Bereich Cybercrime, da begangene Delikte verfolgt werden müssen. Die Verfahren können sehr langwierig und komplex sein. Die Justiz- und Sicherheitskommission befasst sich mit dieser Thematik.

Auch die GLP-Fraktion folge dem Antrag des Regierungsrats, legt **Manuel Ballmer** (GLP) dar. Das Thema ist wichtig und es ist gut, dass die Kommissionen sich damit beschäftigen. Manuel Ballmer erinnert daran, dass es sich bei der Cybersecurity um die Aufgabe von jedem einzelnen handelt, insbesondere auch der Landratsmitglieder, die auf ihren eigenen Geräten arbeiten und nicht auf Kantonsgeräten wie die Verwaltungsmitarbeitenden.

://: Mit 67:0 Stimmen wird das Postulat 2023/578 überwiesen und mit 40:26 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.

://: Mit 67:0 Stimmen wird das Postulat 2023/574 überwiesen und mit 40:28 Stimmen abgeschrieben.
